



## Wahlprogramm der AUB- Freie Wähler zur Kommunalwahl am 9. Juni 2024

Die Stadt Cottbus ist unser aller gemeinsamer Lebensmittelpunkt, dem in den nächsten Jahren Veränderungen bevorstehen! Doch Veränderungen bieten Chancen! Der Strukturwandel wird die Cottbuser Bürger fordern, diesen aktiv mitzugestalten! Die zur Verfügung stehenden Mittel sollen wirksam und effektiv eingesetzt werden!

**Wir** als **Aktive, Unabhängige Bürger – Freie Wähler e.V.** tragen unseren Teil an der Mitgestaltung bei, damit unsere Stadt die Chancen der Veränderungen nutzt und auch zukünftig ein lebens- und liebenswerter Lebensmittelpunkt für Generationen ist.

Wir versichern Ihnen, das nachfolgende Programm mit allen uns zur Verfügung stehenden demokratischen Mitteln umzusetzen.

### „WIR – GESTALTEN – WANDEL“

1. Stadtverwaltung und Stadtpolitik – Transparent und kooperativ gestalten
2. Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung – proaktiv und nachhaltig investieren
3. Energie, Wasser, Versorgung und Gebührengerechtigkeit – Versorgungssicherheit garantieren, Gebührenbelastung für den Bürger niedrig halten
4. Stadtentwicklung, Wohnen, Senioren – generationengerecht und innovativ planen
5. Migration und Integration – Zusammenleben in der Stadt gewinnbringend gestalten
6. Forschen, Studieren und Weiterbilden – regional und international unabdingbar

7. Tourismus, Cottbuser Ostsee, Kultur – Anziehungspunkt und Rückzugsort für alle – selbstbewusst und vielschichtig
8. Verkehr – sauber, nachhaltig und bezahlbar für alle
9. Schule und Bildung, Soziales und Jugend – unser Faustpfand für die Zukunft – gemeinsam, integrativ und verantwortungsvoll handeln
10. Ehrenamt, Prävention – Freiwilligkeit durch Wertschätzung fördern
11. Ordnung und Sicherheit – Sauber und sicher - Tag und Nacht
12. Umwelt und Grünwesen – gemeinsam schützen und nutzen

### **1. Stadtverwaltung und Stadtpolitik**

- Die Stadtverwaltung soll sich als Dienstleister für die Bürger, Unternehmen und Touristen verstehen.
- Beschlussvorlagen sollen sich am Leitbild und den Entwicklungskonzepten der Stadt orientieren.
- Anträge, Beschlüsse und Protokolle sind in einer für die Bürger verständlichen Sprache zu formulieren.
- Ortsbeiräte und Bürgervereine sind aktiver an der Stadtpolitik zu beteiligen. Die Stadtverwaltung ist aufgefordert, die Ortsbeiräte und Bürgervereine bei der Durchsetzung der Vorhaben in den Ortsteilen zu beraten und gemeinsam Lösungswege zu finden. Die Beteiligung muss rechtzeitig erfolgen!

### **2. Wirtschaft, Arbeit und Beschäftigung**

- Die Stadtverwaltung begleitet die Wirtschaftsförderung federführend mit kompetenten Ansprechpartnern.
- Ansiedlungsverfahren sollen von der Antragstellung bis zur Entscheidung nicht länger als 8 Wochen dauern.
- Investitionen sind mit Blick auf regionale unternehmerische Bedürfnisse zu planen.
- Cottbus ist attraktiv zu entwickeln, damit sich auch zukünftige Fachkräfte gern in der Stadt niederlassen und bleiben.
- Öffentliche Aufträge sollen die regionale Wirtschaft fördern und die beteiligten Unternehmen sollen gleichmäßig berücksichtigt werden. Die Vergabe soll unabhängig von politischen und gewachsenen Vertrauensverhältnissen erfolgen.

### **3. Energie, Wasser, Versorgung, Gebührengerechtigkeit**

- Es ist eine Alternative zur Fernwärmeversorgung durch das Kraftwerk Jänschwalde zu finden, bis dieses 2028 abgeschaltet wird. Eine

kommunale Wärmeplanung ist zügig auf den Weg zu bringen, um auch in Zukunft eine sichere, bezahlbare und nachhaltige Wärmeversorgung in Cottbus sicherzustellen.

- Urbane Flächen, vor allem Dächer von städtischen Immobilien, aber auch Dachflächen von Garagenkomplexen, sollen für die Aufrüstung für regenerative Energien genutzt werden. Die Versiegelung von freien Flächen lehnen wir ab.
- Der Ostsee soll Wasserspeicher werden. Zusätzlich soll die Stadt Cottbus kleinere Wasserspeicherbecken entwickeln, damit extreme Trockenzeiten und starke Wasserüberschusszeiten ausgeglichen werden können. Das Schwammstadtkonzept soll bei zukünftigen Planungen Anwendung finden.

#### **4. Stadtentwicklung, Wohnen, Senioren**

- Wohnraum muss bezahlbar bleiben! Die GWC soll dies bei der Sanierung und beim Neubau von Wohnraum berücksichtigen.
- Eine verbesserte Umsetzung des Zieles „Barrierefreie Stadt“ im Interesse unserer Senioren und gehandicapten Mitbürger ist in der Genehmigungsplanung konsequent zu beachten.
- Verdichtung statt Neuausweisung: Neubau ist vorrangig auf Flächen zu konzentrieren, welche bereits erschlossen und an die örtlichen Medien angeschlossen sind, sobald sie nach den Bindefristen durch in Anspruch genommene Fördergelder freigegeben sind. Die Verhandlungen mit dem Land zur Verkürzung dieser Bindefristen sind zu intensivieren. Innenentwicklung geht vor Außenentwicklung! Die Förderung von Mehrfamilienhäusern sollte vorrangig sein.
- Die Stadt ist bei Investitionsentscheidungen als Ganzes zu betrachten, dabei dürfen die ländlichen Ortsteile nicht vernachlässigt werden.
- Die Potenziale der Stadt mit ihren hervorragenden Wohnbedingungen sind in der Außendarstellung klarer herauszustellen, um auch Unternehmer, Universitätsangestellte, zukünftige Forscher und Behördenmitarbeiter von Cottbus als Wohnort zu überzeugen.
- Die Stadt Cottbus muss ein bedarfsorientiertes Stellplatzkonzept entwickeln. Bewohnern und Besuchern der Stadt muss ein Aufenthalt unter Beachtung der notwendigen Mobilität ermöglicht werden.
- Die bestehenden Standorte der kommunalen Garagenkomplexe sind in Bezug auf ihre mögliche Bestandssicherung zu untersuchen. Ziel soll eine Modernisierung der zu erhaltenden Garagenkomplexe sein. Die Stadt als Eigentümer der Grundflächen muss für Ordnung, Sauberkeit und Sicherheit auf den entsprechenden Verkehrsflächen sorgen.

Garagenbesitzern, deren Standort nicht weiterhin bestehen kann, soll eine Alternative an einem zukunftsfähigen Standort angeboten werden.

- Kitas, Schulen und Versorgungseinrichtungen sind der Bevölkerungsentwicklung regelmäßig vorausschauend anzupassen.
- Bei der Planung von Wohnraum muss in Bezug auf die steigende Zahl von Senioren der Fokus auf eine bedarfsgerechte Entwicklung gelegt werden.

## **5. Migration und Integration**

- Willkommenskultur bedeutet, jedem neuen Cottbuser die Möglichkeit zu geben, sich in die Stadtgesellschaft einzubringen, aber auch die Verpflichtung, einen entsprechenden Beitrag dazu zu leisten.
- Wir fordern die Sicherstellung von zeitnahen Sprachkursen, um die Integration in Arbeitsmarkt und Gesellschaft zu gewährleisten. Bundes- und Landespolitik müssen dabei Ihrer Verantwortung zielgerichteter nachkommen.
- Der Fachbereich Bildung und Integration soll eine Brücke bauen, damit ein Zusammenleben unter gegenseitiger Akzeptanz zwischen allen Bevölkerungsgruppen der Stadt möglich ist. Dazu muss niemand seine Identität aufgeben, eine Achtung der bestehenden Lebensweisen in Cottbus ist aber notwendig.

## **6. Forschen, Studieren und Weiterbilden**

- Die BTU muss wieder den Stellenwert erreichen, den sie vor der Hochschulfusion hatte: nachgefragt in der lokalen Wirtschaft und anerkannt in der nationalen und internationalen Forschungslandschaft. Der Standort Cottbus braucht beide Profile!
- Cottbus soll eine attraktive und sichere Stadt für Studierende sein und sich auch in der Außenwirkung entsprechend präsentieren.
- Die Zusammenarbeit zwischen der Stadt Cottbus und städtischen Unternehmen mit der BTU soll intensiviert werden, damit ein nützlicher Austausch zum beiderseitigen Vorteil entsteht. Die Studierenden sollen ihre Stadt mitgestalten und Cottbuser ihre Universität aktiv erleben.
- Wir fordern eine konsequente Nutzung der Potentiale der Universität in wirtschaftlicher, kultureller, sozialer und wissenschaftlicher Hinsicht.
- Das klare politische Ziel muss eine Verdoppelung der Studierendenzahlen sein, damit Cottbus eine echte Universitätsstadt und sichtbare „Studentenstadt“ werden kann.
- Die Lehrstühle für Medizintechnik und Medizininformatik an der BTU Cottbus-Senftenberg sind mit der neuen medizinischen Universität zu vernetzen.

- Der Erhalt und Ausbau der Stadt-Bibliothek, ergänzt durch Interaktion und Zusammenarbeit mit dem Multimediazentrum der BTU, ist umzusetzen.
- Wir fordern darüber hinaus den Ausbau des Angebotes der Volkshochschule insbesondere zur Förderung der beruflichen Chancen der Cottbuser in enger Zusammenarbeit mit der BTU Cottbus-Senftenberg und deren engere Vernetzung mit privaten Bildungsträgern.

## 7. Tourismus, Cottbuser Ostsee, Kultur

- Eine Verdopplung der Touristenzahlen ist möglich und sollte klares Ziel der Stadt sein. Hierzu ist ein neues Tourismuskonzept zu entwickeln.
- Cottbus soll sich als touristisches Zentrum zwischen Spreewald und Lausitzer Seenland verstehen.
- Der Cottbuser Ostsee soll zur einzigartigen Attraktion mit Seebühne, Seebrücke und hochwertigem Hafenviertel entwickelt werden. Die Anbindung soll nicht nur über die Straßenbahn, sondern über eine alternative Strecke auch über die Parkeisenbahn erfolgen. Der Rundweg um den See soll attraktiv barrierefrei und unverwechselbar gestaltet werden. Um den Gestaltungsprozess zu beschleunigen, unterstützen wir die Bewerbung der Stadt Cottbus für die Ausrichtung der BUGA 2033. Es ist im Rahmen des Strukturwandels ein klares Bekenntnis der Landesregierung zur Entwicklung des Cottbuser Ostsees notwendig!
- Die Besitz- und Eigentumsverhältnisse am Cottbuser Ostsee, am Hafen und am Rundweg sind zeitnah so verbindlich abzustimmen, dass letztendlich öffentliches Eigentum entsteht.
- Das einmalige kulturelle Angebot der Stadt und auch die Möglichkeiten im Sportbereich sind klarer in der Öffentlichkeit als Alleinstellungsmerkmal und Attraktion für alle Altersklassen von Einwohnern und Touristen darzustellen.
- Die attraktive Cottbuser Kulturlandschaft ist zu erhalten und auszubauen.
- Wir fordern eine stärkere Berücksichtigung der nicht geförderten Kulturbereiche als Teil der kulturellen Vielfalt der Stadt. Dabei soll die Stadtverwaltung private Kulturträger in Genehmigungsverfahren, bei Streitfällen und Anwohnerbeschwerden proaktiv unterstützen. Nichtkommunal organisierte Kultur ist ausdrücklich gewollt.
- Kulturschaffende Vereine sollen die Möglichkeit bekommen, die Bühnen von Staatstheater, Piccolo Theater, TheaterNative C und Gladhouse in den Zeiten zu nutzen, in denen diese nicht besetzt sind. Der zusätzliche Aufwand ist in der regulären Unterstützung zu berücksichtigen.

Nichtgenutzte kommunale Gebäude sollen ebenfalls den Kulturschaffenden zur Verfügung stehen.

- Wir fordern eine gesicherte und unabhängige Entwicklung der sorbisch/wendischen Kultur und Sprache im Sinne des aktiven Erlebens. Ziel muss die Revitalisierung des sorbisch/wendischen Lebens im Cottbuser Alltag sein. Dabei sind auch Wissenschaft, Verwaltung und alle anderen Lebensbereiche mit einzubeziehen. Den Aufbau und die Etablierung eines Niedersorbischen Zentrums mit einer angeschlossenen Akademie unterstützen wir vorbehaltlos.
- Die Pflege und der Ausbau der Museen in der Stadt mit klarer Fokussierung auf interaktives Erleben und eine aktive Zusammenarbeit der Museen als Erlebnisverbund ist für uns zukunftsweisend und alternativlos. Das Stadtmuseum muss aktiver beworben werden und vor allem für Touristen und Schüler mehr in den Fokus gerückt werden.
- Die Stadt soll prüfen, inwieweit städtische Einrichtungen Senioren und Menschen mit Behinderung deutliche Ermäßigungen bei Eintrittsgeldern gewähren können.

## 8. Verkehr

- Im Zuge des Ausbaus des 2. Gleises nach Lübbenau fordern wir einen ICE-Anschluss für die Stadt Cottbus und in diesem Zusammenhang die Beseitigung der Bahnübergänge durch die Schaffung von Brücken oder Unterführungen auf dieser Strecke.
- Die AUB-Freien Wähler stehen für einen deutlichen Ausbau des Öffentlichen Personennahverkehrs mit kürzeren Taktzeiten und einer Ausweitung des Streckennetzes. Dazu ist vor allem die Streckenerweiterung der Straßenbahn zur Medizinischen Universität und zum Cottbuser Norden mit der BTU und dem Kaufland-Nord erforderlich. Ein wichtiges Signal ist auch die Straßenbahnbindung an des Cottbuser Ostsee. Busse und Bahnen sollen in allen Ortteilen mindestens einen 30-Minutentakt erreichen. Auch an Wochenenden und Feiertagen soll, ggf. auch durch Einführung eines Rufbussystems eine 30-minütige Abfahrsmöglichkeit bestehen. Die Personalplanung soll darauf abgestimmt werden.
- AUB-Freie Wähler setzen sich weiterhin für den fahrscheinlosen ÖPNV ein. Ein entsprechendes Konzept mit Einsparpotenzialen und Finanzierungsoptionen ist zu erstellen.
- Das Radwegenetz ist systematisch auszubauen, um als Alternative zum Autoverkehr wahrgenommen und genutzt zu werden. Wir fordern sichere, schnelle und bevorrechtigte Verkehrsbedingungen für

Radfahrer. Dabei ist ein möglichst durchgängiges Wegesystem zu etablieren, ohne ständigen Wechsel des Wegetyps.

- Car-Sharing-Modelle sind zu unterstützen und die Machbarkeit für den kommunalen Fuhrpark ist zu untersuchen.
- Die Ladeinfrastruktur für E-Mobilität (Rad und Auto) ist konsequent auszubauen, ausreichend öffentliche Stellplätze sind damit auszustatten
- Die AUB-Freien Wähler fordern ein System der grünen Ampelphasen, um einen schnellen Verkehrsfluss zu ermöglichen.
- Es ist eine klare Prioritätenliste für die Straßensanierung aufzustellen, die sich am Straßenzustand und an der Bedeutung der Straßen orientiert. Fußwege, die nicht mehr dem zumutbaren Verkehrszustand entsprechen, sind nicht zu sperren, sondern umgehend zu sanieren.
- Die westliche Ortsumfahrung zur Anbindung des TIP muss realisiert werden. Die östliche Ortsumfahrung muss in allen **drei** Verkehrsabschnitten zeitnah vollendet werden, um wirksam zu sein. Dafür ist die Planung des dritten Verkehrsabschnittes südöstlich von Cottbus umgehend zu realisieren!
- Der Taxiverkehr soll klar als Teil des Öffentlichen Personennahverkehrs verstanden werden. Darum ist eine regelmäßige Anpassung des Taxitarifes notwendig.

## 9. Schule und Bildung, Soziales, Jugend

- Wir fordern ein langfristiges Schulentwicklungskonzept mit konkreter Maßnahmenplanung in Zeit und Umfang. Dabei ist der vorhersehbare Zuwachs an Schülerzahlen zu berücksichtigen! Eltern und Kinder müssen die Sicherheit haben, eine begonnene Schulbildung auch im gleichen Haus, unter dem gleichen Lehrkörper beenden zu können. Eltern müssen das Recht haben Geschwister bei ausreichender Qualifikation an der gleichen Schule unterzubringen.
- Schulen sollen Begegnungsstätten im Wohnumfeld werden, zum Beispiel durch das Bereitstellen von Räumlichkeiten für Freizeitvereine, Angebote für Erwachsene etc.
- Initiativen und Projekte der Schulen, welche die Gestaltung des Lebensorts Schule fördern, sind zu unterstützen, zum Beispiel Interessenklubs, Schulbibliotheken mit Lehrbuchsammlung, Gebäude- und Schulhofgestaltung usw.
- Außerschulische Träger mit Bildungsauftrag, wie z.B. Stadtmuseum und Planetarium, sind mit ausreichendem pädagogischem Personal auszustatten, um diesen Auftrag erfolgreich erfüllen zu können. Hier ist



auch die Landesregierung mit in die Pflicht zu nehmen, denn Bildung ist Landesaufgabe!

- Kitas sind umgehend auszubauen, um den Rechtsanspruch auf Betreuung erfüllen zu können. Die Kinderbetreuungszeiten müssen sich nach den Anforderungen der Arbeitswelt richten.
- Die Zahl der Schulsozialarbeiter von mindestens 30 ist beizubehalten. Eine Kürzung darf es nie wieder geben!
- Jede Grundschule soll über eine Gesundheitsfachkraft verfügen!
- Eine spiel- und kinderfreundliche Gestaltung der Wohngebiete durch die Neuanlegung, sowie die verbesserte Sanierung und Pflege von Spielplätzen sind die Basis für eine familienfreundliche Stadt. Die Abwägung zwischen den Ruheinteressen der Anwohner und dem Spielbedürfnis der Kinder muss im Sinne der Familienfreundlichkeit im Vorfeld der Planungen erfolgen.
- Eine Verbreiterung des Angebots von Frei-Räumen für Jugendliche ist notwendig, vor allem auch in den eingemeindeten Stadtteilen und neuen Wohngebieten.

Die Stadt muss für Jugendinitiativen und -projekte kostenlos Räume zur Verfügung stellen. Das vorhandene Angebot soll fortwährend auf seine Aktualität und Wirksamkeit überprüft und an die Entwicklung in der Stadt und die zukünftigen Anforderungen angepasst werden.

## **10. Ehrenamt und Prävention**

- Die AUB sieht die ehrenamtliche Arbeit der Cottbuser Vereine und Initiativen als wirksames Mittel für den sozialen Zusammenhalt und zur Vorbeugung von sozialen Verwerfungen. Diese Vereine und Initiativen sind daher durch die Stadtverwaltung zu unterstützen und zu bestärken, besonders sozial schwachen eine Heimat zu geben und ihnen somit bessere Entwicklungschancen zu eröffnen.
- Wir bestehen auf dem Inflationsausgleich für die freiwilligen Leistungen, um effektive Kürzungen zu vermeiden.
- Die Freiwilligenagentur ist langfristig finanziell abzusichern, damit Interessenten für das Ehrenamt eine Anlaufstelle haben.
- Das Ehrenamt muss durch die Stadtverwaltung besser gewürdigt werden, z.B. durch Einladungen zu städtischen Veranstaltungen.
- Die Leistungen der Ehrenamtskarte in Cottbus müssen verbessert werden.

## **11. Ordnung und Sicherheit**



- Die Stadtordnung muss konsequent durchgesetzt werden. Dazu sollen die gemischten Streifen mit Ordnungsamt und Polizei beibehalten werden.
- Das neue Sicherheitszentrum muss seine Öffnungszeiten nach den Bedürfnissen der Bevölkerung richten.
- Papierkörbe und Abfallbehälter sind in ausreichender Zahl zu installieren und zu unterhalten. Gastronomiebetriebe mit Straßenverkauf in Form von Einwegverpackungen sind in die Wahrung der Sauberkeit öffentlicher Räume mit einzubeziehen.
- Gegen Graffiti-Schmierereien soll die Stadt zu schützenden Beschichtungen beraten sowie diese an kommunalen Gebäuden konsequent verwenden. Geeignete öffentliche Flächen sollen für Graffiti und andere Kunst zur Verfügung gestellt werden.

## 12. Umwelt und Grünwesen

- Die AUB fordert die Bereitstellung von Flächen für die Umsetzung des Konzeptes der Essbaren Stadt
- Es muss ein klar verständlicher Plan aufgestellt werden, wie die grüne Stadt Cottbus entwickelt wird. Für jeden gefälltten Baum muss nachweislich und vor allem nachhaltig eine Ersatzpflanzung erfolgen.
- Eine Satzung über Baumpatenschaften soll erstellt werden.
- Die städtische Grünpflege muss professionell und artnerhaltend ausgeführt werden.
- Eine Bewerbung der Stadt Cottbus für die Ausrichtung der Bundesgartenschau (BUGA) zur Unterstützung der landschaftlichen Entwicklung des Ostseeumfeldes wird von der AUB klar unterstützt.
- Die AUB befürwortet die Verwendung von pfandbasiertem Mehrweggeschirr bei Veranstaltungen in der Stadt.